

Kanton in Kommunisten Händen.

14. Dezember 1927

Kanton, die Hauptstadt des chinesischen Südens, befindet sich völlig in der Hand der Kommunisten. Nach den Berichten der Flüchtlinge sind die Straßen Kantons angefüllt mit Leichen. Am Sonntag führten zahlreiche Agitatoren in Autos in der Stadt umher, hielten Reden und verteilten kommunistische Druckschriften. Gruppen von Sträflingen, die bei der Deffnung der Gefängnisse entflohen waren, zogen mit ihren Ketten durch die Straßen und baten die Passanten, sie von dem Eisen zu befreien.

Nach den letzten Nachrichten scheinen die Rebellen völlig im Besitze der Stadt zu sein und dauernd Verstärkungen aus der Provinz zu erhalten. Eine Proklamation kündigt die Bildung einer „Arbeiter- und Bauernregierung“ an. Es wird die Ausrottung der Grundeigentümer, die Vernichtung aller Eigentumsurkunden und die Beschlagnahme des gesamten Grundbesitzes angeordnet.

Wie aus Hongkong gemeldet wird, wurde in Kanton die Zentralbank von China von Kommunisten zerstört. Alle Telegraphenlinien sind unterbrochen. Die Stadt ist isoliert. Als einziger Dampfer traf gestern von Kanton in Hongkong der Saion mit einer englischen Mannschaft und 2000 chinesischen Flüchtlingen ein.

Die Fremden werden in Sicherheit gebracht.

Nach Meldungen aus Schanghai sind im europäischen Wohnviertel von Kanton Feldgeschütze gelandet worden, um die im amerikanischen Konsulat untergebrachten Ausländer zu schützen. Unter dem Schutz amerikanischer Marinejoldaten werden alle Fremden

aus der Eingeborenen-Stadt nach dem Europäer-Viertel gebracht. U. a. sind bereits 55 Deutsche in Schameen eingetroffen. Ein britisches Kanonenboot mit Europäern an Bord wurde heftig beschossen. Die Zahl der bei den Kämpfen in Kanton bisher getöteten und verwundeten Personen wird auf 20 000 geschätzt. Die Kämpfe dauern noch an.

Widerprechende Nachrichten.

Nach Meldungen aus Hongkong berichten dort aus Kanton eingetroffene Flüchtlinge, daß die Truppen Li Kus gestern von der südlich von Kanton gelegenen Insel Honan aus den Fluß überschritten hätten und in der Nähe des europäischen Wohnviertels gelandet seien. Die kommunistischen Streitkräfte hätten sich darauf nach dem Innern der Stadt zurückgezogen und hauptsächlich die größeren Gebäude besetzt. Um ein neunstöckiges Gebäude sei ein heftiger Kampf entbrannt, der mit der Vertreibung der kommunistischen Truppen geendet habe. Die westlichen Vororte seien vollkommen von den Kommunisten gesäubert worden, die nach den nördlichen und östlichen Stadtteilen verdrängt worden seien. In diesen Stadtteilen seien zahlreiche Brände ausgebrochen.

In Widerspruch zu diesen Berichten besagen andere Meldungen, daß alle Verträge, Kanton wiederzuerzwingen, fehlerlos seien. — Nach Meldungen aus Schanghai erklärte General Tschiang Kai-schek Pressevertretern gegenüber, daß die Kuomintangregierung die Schließung der Sowjet-Konsulate im gesamten von den Nationalisten beherrschten Gebiete beschlossen habe.

Der Parlamentskonflikt in Oklahoma.

14. Dezember 1927

Die Geheimtagung des Parlaments.

Wie aus Oklahoma gemeldet wird, hat das Repräsentantenhaus gestern eine geheime Sitzung in einem Hotel außerhalb der Stadt abgehalten. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der erklärt wird, daß sich der Gouverneur Johnston einer Verletzung der Verfassung sowie der Korruption schuldig gemacht habe. Der Gouverneur habe die Zivilgewalt durch Militär-gewalt unterdrückt, obgleich er dazu nicht berechtigt war. Er habe einen Beamten ernannt, der sich des Bankraubs schuldig gemacht habe und auf dessen Kopf der Staat Texas eine Belohnung aussetze. Der Gouverneur habe ferner Gehaltsauszahlungen an unrechtmäßige Beamte vorgenommen und sich einer Verschwörung mit seiner Privatsekretärin und einer anderen nicht genannten Person schuldig gemacht. Auch gegen andere Regierungsmitglieder wurden ähnliche Beschlüsse gefaßt. Die Debatte soll sehr heftig gewesen sein. Das Parlamentsgebäude ist abgesperrt. Der Gouverneur hat 5000 Vertrauenstelegramme aus ganz Amerika erhalten.

Der Eindruck des amerikanischen Flottenbauprogramms in England

14. Dezember 1927

Das amerikanische Flottenbauprogramm hat in London einige Sensation hervorgerufen. Es wird als voller Sieg der Politik der amerikanischen Flottenpartei gewertet. Die Einkerbung von 26 Kreuzern eines Typs, der von England auf der Genfer Flottenabstufungskonferenz bekämpft wurde, in das neue Flottenbauprogramm wird in England als deutlicher Beweis dafür empfunden, daß Amerika nunmehr ohne jede Rücksicht auf andere Mächte seine Flotte bis zum Ablauf des Washingtoner Abkommens auf einen Stand bringen will, der Erweiterungen über zukünftige Rüstungsbeschränkungen ohne jede Gefährdung der amerikanischen Vormachtstellung erlaubt. In maßgebenden englischen Kreisen legt man Gewicht auf die Feststellung, daß England durch das amerikanische Bauprogramm von seiner bisherigen Politik nicht abgebracht werden könne und nicht die Absicht habe, Amerika das Recht zu bestreiten, so viele Schiffe zu bauen wie es ihm beliebt. Lediglich in den vom Washingtoner Abkommen erfaßten Einheiten ist Amerika gebunden, weshalb auch die britische Regierung gegen die geplante Verstärkung der Bestückung der beiden Schlachtschiffe „Kevada“ und „Oklahoma“ Einspruch erhoben hat. Trotz dieser offiziellen Stellungnahme ist unverkennbar, daß das amerikanische Programm in London einen peinlichen Eindruck gemacht hat. Das ergibt sich deutlich aus der Erklärung, daß Amerika nunmehr als Advokat des Friedens mit dem größten Flottenbauprogramm vor die Welt tritt, was nach englischer Ansicht provokativ wirken müsse.

Die Schlichter-Verhandlungen in Düsseldorf.

14. Dezember 1927

Wie dem Deutschen Handelsdienst aus Düsseldorf berichtet wird, ist der Originalbrief des Reichsarbeitsministers Dr. Brauns bis Mittags noch nicht in die Hände der Arbeitgebergruppe der Eisenindustrie gelangt, so daß diese sich bisher nur aus der Presse über den Inhalt des Briefes unterrichten konnte. Die gestrigen Schlichterverhandlungen haben sich länger hinausgezogen, wie man bisher erwartet hatte und sind nach einer kurzen Mittagspause um 15 Uhr wieder aufgenommen worden. Man weiß in Arbeitgeberkreisen darauf hin, daß schon deshalb mit einer raschen Beendigung der Verhandlungen gerechnet werden muß, weil für den Fall der Stilllegung der Industrie die Kandidaten bereits am 15. Dezember erfolgen müßten, eine

Tatsache, die selbst, wenn sie nur vorsorglich geschieht, wahrscheinlich eine neue Spannung in die augenblicklichen Verhandlungen hineinbringen würde, die Zweifel an dem auch auf Seiten der Industrie vorhandenen Verständigungswillen auskommen lassen könnten. Man hofft in den Kreisen der Industrie, daß der Schieds-spruch auf Grund der langwierigen Verhandlungen auch die Belange der Eisenindustrie, sowie der ganzen deutschen Volkswirtschaft in bezug auf die Exportlage berücksichtigen wird.

Wie verlautet, sind die Schlichtungsverhandlungen gestern Abend vertagt worden und werden heute früh weitergeführt. Von der Schlichtungskammer wurde einstimmig beschlossen, vor Abschluß der Verhandlungen über ihren Gang stillschweigen zu bewahren, um einen ungehörten Verlauf zu sichern.

Stilllegungs-Verhandlungen in der Siegerländer Schwerindustrie.

In Siegen fand die erste von der Siegerländer Schwerindustrie beantragte Stilllegungsverhandlung statt. Nach Begründung des Antrages durch den Vertreter der Arbeitgeberorganisation gaben die Gewerkschaften eine Erklärung ab, in der unter anderem zum Ausdruck gebracht wurde, die Gewerkschaften würden in dem Stilllegungsantrage ein Druckmittel auf die Regierung und den Reichsarbeitsminister sehen, um die Entscheidung über die Durchführung der Verordnung vom 16. Juli 1927 zu beeinflussen. Das Siegerländer Lohnabkommen laufe erst am 1. Juli 1928 ab. Forderungen, die die Arbeitgeber veranlassen könnten am 1. Jan. 1928 die Betriebe still zu legen und Tausende von Arbeitern heillos zu machen, seien von keiner Seite gestellt. Die Entscheidung über die Verordnung liege zurzeit bei der Regierung und nicht bei den Arbeitgebern. Die Gewerkschaften lehnten daher jede Aussprache und Erklärung ab, auch deshalb, weil die örtlichen Bergleitungen auf die Durchführung oder Aufhebung der Stilllegung keinerlei Einfluß besäßen. Anschließend betonten die Vertreter der Gewerkschaften, die abgegebene Erklärung komme für alle weiteren Stilllegungsverhandlungen in Frage.

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 13. Dezember 1927.

Auf der Tagesordnung steht

die zweite Beratung des Besoldungsgesetzes.

Präsident Löbe macht darauf aufmerksam, daß die Verabschiedung bis morgen abend erfolgen müsse. Der Reichsfinanzminister habe erklärt, daß nur dann eine Auszahlung der Bezüge bis Weihnachten erfolgen könne, wenn die Beschlüsse des Reichstags bis Mittwoch abend vorliegen.

Abg. Dr. Quack (Dnt.) erstattet den Ausschussbericht. Der Berichterstatter geht in der Hauptsache auf die vor der Besoldungsdebatte im Ausschuss stattgefundene Beratung über die allgemeine Finanzlage des Reiches ein. Man sei sich einig gewesen, daß der ausgefallene Wirtschaftsförderung Deutschlands zum Wiederaufbau des fremden Geldes bedürfe. Die angebliche Verschwendung Deutschlands sei eine innere Angelegenheit und dürfe mit der Reparationsfrage nicht verbunden werden. Man müsse bestrebt sein, die Reparationsfragen aus dem Meinungsstreit der Parteien herauszulassen. Die Verwaltungsreform dürfe nicht nur die eigentliche Verwaltung, sondern müsse auch die Reichsbetriebe umfassen. Als zweiter Berichterstatter wies Abg. Steinkopf (Soz.) darauf hin, daß im Ausschuss über 800 Anträge gestellt worden seien. Änderungen in dem in der Regierungsvorlage enthaltenen Gruppenaufbau sind nur insofern vorgenommen worden, als an die Stelle von pensionsfähigen Zulagen für große Gruppen von Beamten eine Beförderungsguppe gesetzt wurde. Die Ministerialdirigenten wurden als künftig wegfällig bezeichnet. Eine Erhöhung der Ministerialzulage durch den kommenden Etat ist durch einstimmigen Beschluß des Aus-

schusses abgelehnt worden, allerdings hat die Reichsregierung erklären lassen, daß sie sich zu dieser Erhöhung doch gezwungen sehe, wenn Preußen an der 50prozentigen Erhöhung der preussischen Ministerialzulage festhalte. Obwohl die Besoldungsordnung im Reich und in Preußen in den wichtigsten Bestimmungen übereinstimmen sollte, so haben sich doch verschiedene Unterschiede herausgestellt. Beim Wohnungsgeldzuschuß hat Preußen die Bestimmung, daß ledige Beamte nach Vollendung des 45. Lebensjahres den vollen Wohnungsgeldzuschuß ihrer Besoldungsgruppe erhalten, nicht übernommen. Das Reich hat die Kinderzuschläge auf 20 Mark festgesetzt, während Preußen für die ersten beiden Kinder je 20 Mark, für das dritte und vierte Kind je 25 Mark und für jedes weitere Kind je 30 Mark zahlt. Während im Reich die Wartegeldempfänger vom 1. Oktober 1927 ab in die neue Besoldungsordnung eingestuft werden sollen, will Preußen ihnen die für die Pensionäre vorgesehenen prozentualen Zuschläge gewähren.

In der Aussprache nimmt als erster Redner das Wort Abg. Bender (Soz.). Der Redner geht auf die Gehälter der unteren Beamten ein, die auch nach der Besoldungsvorlage viel zu niedrig seien. Unter keinen Umständen dürfe man aber nach der Neuregelung die Löhne der Reichs- und Staatsarbeiter auf dem bisherigen viel zu niedrigen Stand lassen. Der Minister habe eine allgemeine Lohnhöhung abgelehnt, weil die geltende tarifliche Regelung noch bis zum 31. März läuft. Dabei wäre es ein Leichtes, durch eine neue Vereinbarung dem Notstand der Reichsarbeiter abzuhelfen. Der Redner beantragt Aufbesserung der Reichsarbeiterlöhne und Auszahlung einer Beihilfe noch vor Weihnachten.

Abg. Lawrenz (Dnt.) gibt für die deutsch-nationale Fraktion eine Erklärung ab, in der es unter anderem heißt: Wir bedauern, daß es angeht, daß die unglückliche Finanzlage nicht durchzuführen war, daß die Pensionäre nach den gleichen Grundsätzen behandelt werden, wie die im Dienst befindlichen Beamten. Um so schärfer bekämpfen wir jeden Versuch, im Wege der Pensionstürzung wohlverdienende Beamtenrechte zu schmälern. Die sozialdemokratische Anregung einer Zwangspensionierung aller über 60 Jahre alten Beamten lehnen wir ab. In der Erklärung wird schließlich eine Zusammenfassung des Behördenaufbaues und in Verbindung mit der Verwaltungsreform eine durchgreifende Verfassungsreform gefordert. Abg. Morath (Dnt.): Unannehmbar sei der sozialdemokratische Vorschlag, die Beamtenorganisationen etwa in die Stellung von Tarifkontrahenten zu drängen. Auf lange Reden müßten die Regierungsparteien verzichten, weil ihnen daran liege, den Beamten recht schnell die nötige Aufbesserung zu gewähren. Abg. Seppel (Soz.): Die Aufbesserung käme viel zu spät. Sie lasse auch jede Großzügigkeit vermissen. Großzügig sei man nur gegenüber den Generalen und höheren Beamten. Der angeblich soziale Geist der Vorlage werde dadurch gekennzeichnet, daß danach der Kapitän zur See monatlich 307,50 Mark mehr erhält, während den Schützen und Gefreiten monatlich zwei bis vier Mark abgezogen werden (hört, hört!). Abg. Dietrich-Baden (Dem.) fordert eine Verwaltungsreform, damit das Neben- und Gegenüberarbeiten der Reichs- und Landesinstanzen aufhöre. Eine Verfassungsreform sei nicht zu umgehen. Er betont zum Schluß, daß die demokratischen Bemühungen um eine Verbesserung der Vorlage leider an dem geschlossenen Widerstand der Regierungsparteien gescheitert seien.

Abg. Torgler (Komm.) sieht das Ergebnis der langen Verhandlungen des Ausschusses darin, daß die Beamten nun jede Hoffnung auf das Parlament verloren haben. Abg. Lucke (Wirtschaftl. Ver.) erklärt, die heutige Vorlage sei keine gerechte Lösung. Nötig sei vor allem schnellste Hilfe für die untersten Gruppen. Den Forderungen für die übrigen Gruppen könne seine Fraktion vorläufig nicht zustimmen. Der Redner hält weiter Pensionstürzungen für erforderlich, wenn neben der Pension ein hohes Privateinkommen vorhanden ist. Zwischen ist von den Regierungsparteien ein Änderungsantrag eingegangen, wonach für die Dauer von zunächst fünf Jahren, beginnend mit dem 1. April 1928, von je drei freien oder freierwerbenden planmäßigen Beamtenstellen der Besoldungsordnung A (aufsteigende Gehälter) eine Stelle wegfallen soll, wenn die Gehälter durch eine Hilfskraft wahrgenommen werden können. Diese Bestimmung soll auch für Länder, Gemeinden und Organe des öffentlichen Rechtes Anwendung finden.

Abg. Alletotte (Zentrum) erklärt, die Mehrheit der Zentrumsfraktion werde unter Berücksichtigung der sachlichen Notwendigkeiten dem großen Geschwertswert ihre Zustimmung geben. Abg. Dr. Stegerwald (Zentrum) erklärt als Vertreter der Fraktionsminderheit, er sei nicht grundsätzlicher Gegner einer Besoldungsverbesserung, wolle ihr aber nur in Verbindung mit einer Verwaltungsreform zustimmen. Abg. Dr. Friß (Nationalsozialist) erkennt an, daß die Vorlage manche Verbesserungen bringe, sie enthalte aber noch viele Ungerechtigkeiten, die beseitigt werden müßten. Weiter sprechen zu der Vorlage die Abgeordneten Dr. Best (Dnt.), Groß (Zentrum), Schmidt-Stettin (Dnt.), Torgler (Komm.), Lucke (Wirtschaftl. Vereinigung) und Dauer (Bayerische Volkspartei). Damit schließt die allgemeine Aussprache und das Haus geht zur Einzelaussprache über.

Die Vertreter der Oppositionsparteien bringen zahlreiche Einzelwünsche vor, die in Anträgen niedergelegt sind.

Unter Ablehnung aller Änderungsanträge werden die ersten 14 Paragraphen der Vorlage in der Ausschussfassung angenommen.

Darauf wird die Beratung abgebrochen und auf Mittwoch, 10 Uhr, vertagt. Auf der Tagesordnung steht auch die dritte Beratung der Besoldungsvorlage, ferner die Anträge über die Weihnachtsbeihilfe für die Kleinrentner.

Der
sch auf
man n
Berlin
Wle
dar Pr
partie
Regie
Der
greh
nake
Die
liber
Fonds
D
wieder
Schr
Die
debatte
balldm
festigung
sprechen
sien die
postdire
verteilung
spacnis
und gel
unterlag
eingewi
D
Di
holdung
bracht,
beitern
freier
tung de
in den
und az
einzw
D
Besoldu
losart
sehr vi
er der
die S
partei
D
leiner
Alters
die W
zwar
ersten
zweiten
Koloff
ministe
Erklär
zurück
die n
T
wie n
gen.
die
nehm
fügen.
nisten
fügen.
nannt
Rom
88
berd
lang
Freit
geton
geriff
Wär
gleich
lings
beit
sie fi
die
dar
die
wir
frü
St
schän
Zbr
Zeit
schm
Nur
men
näm
müß

